



Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 08. Oktober 2018,**
in der Welser Stadthalle stattgefundene

27. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 16.00 Uhr.
Ende der Sitzung: 17.32 Uhr.

Die Verhandlungsschrift der 26. Sitzung des Gemeinderates vom 10.09.2018 liegt zur
Einsichtnahme auf.

Männliche/weibliche Form im Text

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit des Textes wurde nur eine Form der Anrede gewählt.
Diese steht stellvertretend für beide Geschlechter.

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 1.10.2018 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Anfragen

Anfrage von GR. Mag. Peter Sönser gemäß § 10 GOGR an StR. Klaus Hoflehner betreffend aktuelle Verkehrs-/Mobilitätslage in Wels – Vogelweide, Osttangente und Oberfeldstraße
Verf-015-W-17-2018

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

In Wels-Nord liegen entlang der Oberfeldstraße Wohnen und hier insbesondere eine erhebliche Anzahl von (bestens) florierenden Handelsbetrieben eng beisammen bzw. werden noch weitere (ergänzende) Ansiedelungen durchgeführt.

- Im Bereich zwischen Vogelweiderstraße und Osttangente sind an der Oberfeldstraße neue Wohnsiedlungen (Laahen) entstanden und mit Bauhaus, Interspar, Obi, Merkur und Hofer hat sich eine Reihe frequenzstarker Handelsketten in diesem Gebiet angesiedelt.
- In Bezug auf die unterschiedlichen Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer führt das regelmäßig zu teils äußerst kritischen Situationen bis hin zu erheblichen Gefährdungen.
- Darüber hinaus kommt es zu erheblichen Belastungen durch insbesondere Lärm- und Luftschadstoffkonzentrationen im Einzugsbereich der Verkehrsträger und damit zu gesundheitsgefährdenden Szenarien.

Insgesamt ist die Mobilitätskapazität der Verkehrsträger äußerst angespannt bzw. kommt es immer wieder zum völligen Erliegen des gesamten Verkehrs in diesem Bereich. Dies stellt für alle Beteiligten unzumutbare Belastungssituationen dar und ist mittelfristig für die weitere vor allem auch wirtschaftliche Entwicklung dieses Bereiches äußerst kritisch zu betrachten.

1. Bereich: Wie kann – im Interesse aller Beteiligten – eine Entlastung der Oberfeldstraße im Segment motorisierter Individualverkehr erreicht werden?
In der Vergangenheit wurde die Verkehrsproblematik an der Oberfeldstraße wiederholt im Gemeinderat diskutiert. Welche Lösungen wurden daher zum Schutz der Betroffenen (Lärmschutz) und im Sinne der Sicherheit aller Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer (insbesondere Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer bei Geschäftszufahrten) erarbeitet bzw. in der Folge umgesetzt? Wann kann mit weiteren Umsetzungsschritten gerechnet werden?
2. Bereich: Im Zusammenhang mit Verbesserungen im Angebot der Linie Wels ist von einer Tangentiallinie von Lichtenegg über die Vogelweide in die Neustadt die Rede. Könnte eine solche Linie das Verkehrsaufkommen auf der Oberfeldstraße reduzieren? Gibt es hier konkrete Szenarien, die mit entsprechenden Daten unterlegt sind? Wie realistisch ist eine Umsetzung einer direkten Bus-Verbindung zwischen den Stadtteilen?
3. Bereich: Derzeit wird an der Oberfeldstraße Höhe Bauhaus erneut gebaut. Eine weitere große Handelskette wird sich hier ansiedeln. Wie sieht es mit gesamtheitlichen Verkehrskonzepten zu dieser (Erweiterungs-) Neuansiedlung aus? Mit welchen Auswirkungen auf das Verkehrsaufkommen wird gerechnet und welche Maßnahmen werden für Sicherheit und Schutz aller Betroffenen umgesetzt?

StR. Hoflehner: Diese Anfrage ist relativ umfangreich und ich möchte dazu ein paar Sätze vorausschicken. Zuerst bedanke ich mich bei den Kollegen, die diese Anfrage versucht haben nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten und dies auch sehr umfassend taten. Lieber Peter, wenn du möchtest kann ich dir dazu eine schriftliche Unterlage mit Plänen zukommen lassen. Das wäre mein Angebot.

Vorausschauend möchte ich sagen, dass es zu dieser Thematik relativ aktuell drei Anfragen gab. Eine Anfrage vom 19.1.2013, dazu gibt es eine Stellungnahme der damaligen Stadt- und Verkehrsplanung zum Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend Konzept zur Entlastung der Oberfeldstraße. Eine zweite Anfrage vom 09.05.2018 zur Bürgeranfrage der Frau Gudrun Gottinger zum Stau Oberfeldstraße und die letzte Anfrage von dir betreffend aktuelle Verkehrs- und Mobilitätslage in Wels, Vogelweiderstraße, Osttangente und Oberfeldstraße.

Den Herrn Baudirektor darf ich darum bitten den Dank an die Kollegen weiterzugeben. Den Kollegen war wichtig durch diese Arbeit zu dokumentieren, dass wir uns sehr wohl mit dieser Problematik sehr intensiv auseinandergesetzt haben.

Zur 1. Frage: Wie kann – im Interesse aller Beteiligten – eine Entlastung der Oberfeldstraße im Segment motorisierter Individualverkehr erreicht werden? Was wurde zum Schutz der Betroffenen gemacht? Lärmschutzförderungen, Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer bei Geschäftszufahrten, also der sog. nichtmotorisierte Individualverkehr.

- a) Eine Aufschließungsstraße zur Entlastung der Oberfeldstraße nördlich der A 8/A 25 ist im Zuge der Erstellung des ÖEK 2015 grundsätzlich überlegt worden.

a1) Die Anbindung von der B 1 – Salzburger Straße, Gunskirchener Straße bis zur bereits fertiggestellten Voralpenstraße nördlich der A 8 ist im beschlossenen rechtsgültigen ÖEK als Entwicklungsziel vorhanden.

a2) Der Streckenabschnitt beginnend vom Kreisverkehr Voralpenstraße, Vogelweiderstraße bis hin zur Schartener Landesstraße wurde mitüberlegt, ist aber derzeit nicht Bestandteil des ÖEK. Unabhängig davon erwartet man bei Fertigstellung des Autobahnanschlusses Wimpassing bereits jetzt schon eine Entlastung im LKW-Verkehr, wie in der Umweltverträglichkeitsprüfung vom 27.6.2018 nachzulesen ist.

- b) Im Fachgutachten Verkehrstechnik der UVP AST Wimpassing vom 27.6.2018 wird folgendes zum Thema Oberfeldstraße erörtert. Unter Punkt 5.2.1 auf Seite 14: Aus der Gegenüberstellung der Planfälle wird deutlich, dass das untergeordnete Straßennetz durch die geplante Anschlussstelle entlastet und das hochrangige Straßennetz höher belastet wird. Die größten Entlastungen im untergeordneten Netz sind im Nahbereich der Gewerbegebiete zu erwarten. Vor allem im Ortsteil Wimpassing in der Neinergutstraße und in der Wimpassinger Straße. Auch die Zubringerachsen von den Anschlussstellen Wels-Nord und Wels-West, die Primelstraße, die Albrechtstraße bis zu einem Drittel sowie die Oberfeldstraße bis zu 17 % werden deutlich entlastet. In diesen Zubringerachsen wird die Wirkung eines von der Stadt Wels geplanten LKW-Durchfahrtsverbots in Verbindung mit der Anschlussstelle deutlich.

Grundsätzlich gilt im gesamten Stadtgebiet von Wels ein Fahrverbot für LKW über 7,5 to, ausgenommen Ziel- und Quellverkehr. Bei Fertigstellung AST Wimpassing wurde seitens der Stadt Wels gegenüber der UVP zugesagt, dass verschärfte Tonnagen Beschränkungen im Zielgebiet evaluiert werden, z.B. 30 km/h für LKW bzw. Fahrverbot für LKW über 3,5 to.

- c) Die Anschlussstelle Wimpassing im UVP-Fachgutachten Luft und Klima: Am nordwestlichen Rand des Siedlungsgebietes von Wels kommt es entlang einiger Straßezüge (Wimpassinger Straße, Neinergutstraße, Oberfeldstraße, Albrechtstraße, Römerstraße) durch die Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing in der Betriebsphase zu geringfügigen Reduktionen der Immissionsbelastung gegenüber dem Referenzplanfall.
- d) Entlastung durch die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Das ist überhaupt ein Generalthema. Vorausschauend darf ich sagen, dass der öffentliche Personennahverkehr ein für uns als Gemeinderat der Stadt Wels und für alle, die sich für die Stadt Wels verantwortlich fühlen, sicher u.a. ein ganz wesentliches Thema was die Zukunft des Verkehrs in der Stadt Wels und Umgebung angeht sein wird und auch schon ist.
- e) Ausbau Radwegenetz als Angebot besser das Rad als den PKW zu benutzen: Hier wird auf die Pressekonferenz verwiesen, die der Herr Bürgermeister und ich vor nicht allzu langer Zeit abgehalten haben. Beilage 4 – Unterlage zum Pressegespräch.

- f) Umweltschutz und Lärmschutz: Lärmschutzmaßnahmen in der Oberfeldstraße im Bereich der Einfamilienhäuser zwischen Grieskirchner Straße – B 137 – Osttangente: Ursprünglich angedacht war eine technische Lösung einer straßenseitigen Lärmschutzwand bei gleichzeitiger Errichtung einer rückwärtigen (nördlich der Einfamilienhäuser) Erschließungsstraße, um die zahlreichen Einfahrten, die eine Lärmschutzwand schwächen würden, zu eliminieren. Aufgrund der hohen technischen Anforderungen und den damit verbundenen hohen Kosten sowie der nicht einheitlichen Ansicht der Anrainer wurde eine solche Maßnahme nie ausgeführt. Als Ergebnis der Verhandlungen wurde schlussendlich fünf antragstellenden Anrainern nach den damaligen Schallschutzförderrichtlinien der Stadt Wels ein 30 %iger Zuschuss zu den Kosten des Einbaues von Schallschutzfenstern gewährt.
- g) Qualität (Sicherheit) der Radverkehrsanlagen und Radüberfahrten bzw. Fußgängerverkehrslösung entlang der Oberfeldstraße: Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass vor jeder Baumaßnahme im Stadtgebiet besonderes Augenmerk auf die technischen Anforderungen zum Schutz des nichtmotorisierten Individualverkehrs gelegt wird. Nachfolgend eine Auflistung aktueller Projekte:

Der Kreisverkehr Oberfeldstraße/Wallerer Straße soll nach den neuesten Richtlinien angepasst werden, nämlich Vergrößerung der Innenradien, Verbesserung der Radwegführung durch eine zusätzliche Radüberfahrt im Osten, Verbesserung der Fußgängerquerungen durch zwei neue Fahrbahnteiler jeweils in der Süd- und Ostzufahrt durch das Abrücken vom Mittelkreis, Verbesserung der Radwegführung Richtung Norden über die Autobahnbrücke als Lückenschluss zum neu errichteten Geh- und Radweg Wallerer Straße beim Umspannwerk bis zur Kneippstraße. Im Bereich Oberfeldstraße 21 gab es eine negative Stellungnahme zu einem Schutzwegwunsch, da erstens die Frequenzen zu niedrig sind und zweitens die gewünschte Lage der Querung an einer unübersichtlichen Stelle Abhilfe schafft, da im Bereich der Bushaltestelle Zellerstraße eine Querungsmöglichkeit geschaffen wird. Geplant ist für die Zukunft ein Lückenschluss des Geh- und Radweges vom Kreisverkehr Oberfeldstraße/Laahener Straße bis zum Kreisverkehr Oberfeldstraße/Vogelweiderstraße inklusive Fahrbahnteiler im Bereich der Einmündung der Zellerstraße in die Oberfeldstraße.

Schutzwegwunsch: Weiters besteht im Bereich der Einmündung Puchberger Straße in die Oberfeldstraße der Wunsch einer Querungsmöglichkeit für Fußgänger. Vertiefende Planungen werden aus heutiger Sicht aufgrund fehlender Fußgängerfrequenzen derzeit nicht weiterverfolgt.

Kreisverkehr: Der Beschluss zur Ausführung eines Kreisverkehrs Oberfeldstraße/Grieskirchner Straße wurde vom Gemeinderat der Stadt Wels mit Rechtskraft vom 17.12.2015 im Bebauungsplan Nr. 418/B festgelegt. Verhandlungen zum dafür notwendigen Erwerb des Grundstückes – ich darf das nun abkürzen, wir wissen alle, das ist der geplante Kreisverkehr Grieskirchner Straße/Oberfeldstraße, im Nahebereich der Firma Interspar – sind trotz vieler Versuche des vorhergehenden Baudirektors nicht abzuschließen gewesen. Es geht aus der Sicht des Eigentümers um ein wichtiges Stück Grund, welches man brauchen würde, um einen dementsprechenden Kreisverkehr zu errichten.

Frage 2. – Tangentiallinie: Die Tangentiallinie ist aus meiner Sicht eines der wesentlichen Erkenntnisse der durchgeführten, nachstehend zitierten Arbeit. Gibt es aufgrund der Tangentiallinie eine positive Auswirkung auf die Oberfeldstraße? Eine Tangentiallinie mit Route lt. Vorschlag des Fachgutachtens führt zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs in Wels seitens „Nahverkehrsberatung Süd-West“ im Bereich Oberfeldstraße – das zitiere ich aus dem vorliegenden Schlussbericht aus dem Jahr 2016. Von der Noitzmühle bis zur Straubinger Straße und Oberfeldstraße bzw. bis zur Schartener Landesstraße und retour soll diese Tangentiallinie gehen. So ist sie in diesem Bericht geplant. Darüber hinaus bessere Anbindung Klinikum und Schulbezirk Neustadt.

Damit ist aus unserer Sicht im Zusammenhang mit den Umsteigmöglichkeiten im Stadtteil eine absolut bessere Versorgung der Oberfeldstraße verbunden. Eine mögliche Entlastung ist unserer Meinung nach durchaus vorstellbar. Die genaue Linienführung, die notwendigen Ressourcen und andere Details sind im Ergebnisbericht festgehalten. Grundsätzlich glaube ich, dass das für alle Benutzer des öffentlichen Personennahverkehrs, die nördlich der Westbahn wohnen, eine geschickte Möglichkeit ist, nicht über den Knoten Kaiser-Josef-Platz, sondern direkt von West nach Ost bzw. von Ost nach West zu fahren. Noch dazu soll es mehrere Umsteigmöglichkeiten auf andere Verbindungen geben ohne durch die Innenstadt zu fahren.

Frage 3. - zum Verkehrskonzept Oberfeldstraße/Wallerer Straße, neues FMZ nördlich gegenüber dem Bauhaus: Hier wird nochmals auf die Beantwortung zur Frage 1. verwiesen. Die Entwicklungsziele der Stadt Wels für den Planungszeitraum 2025 sind im ÖEK Nr. 2/2015 verordnet. Für die verordneten Entwicklungsziele werden Erschließungs- und Bebauungskonzepte erstellt. Im Zuge dessen werden zusätzliche Verkehrsbelastungen, ausgelöst durch Siedlungserweiterungen, ermittelt. Dazu gibt es eine Skizze, die ich kurz herzeigen darf. Es geht um die Zone 30-Verordnungen, die sehr umfassend sind.

Weitere Anpassungen werden derzeit im Bereich des neuen Fachmarktentrums Richtung Südausfahrt getätigt. Der Gehsteiglückenschluss zwischen Kreuzerstraße auf der einen Seite und Wallerer Straße auf der westlichen Seite nordseitig wird auch hier Erleichterungen für die Fußgänger bringen. Um das angrenzende Siedlungsgebiet in der Wallerer Straße nicht zusätzlich zu belasten, wurde ein eigener Linksabbieger zum Fachmarktzentrum projektiert. Weiters wurde im Bereich der neuen Ausfahrt die Ausfahrt nach links in Richtung Ost vermieden, um Konfliktsituationen bzw. Staubildungen zu vermeiden. Zugute kommt hier der nahegelegene westlich gelegene Kreisverkehr als Umkehrmöglichkeit bei Fahrten nach Osten.

Das waren jetzt sehr viele Ausführungen. Ich nehme an wir werden anhand der Skizzen darüber sprechen und hoffe, dass diese Ausführungen eine umfassende Beantwortung deiner Anfrage waren.

Anfrage von GR. Mag. Walter Teubl gemäß § 10 GOGR an Bürgermeister Dr. Andreas Rabl betreffend Städtepartnerschaft mit Krasnador
Verf-015-W-22-2018

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Dr. Rabl!

Gemäß § 10 GOGR richte ich folgende Anfrage an Sie:

1. Die Stadt Wels ist vor kurzem eine Städtepartnerschaft mit der russischen Stadt Krasnodar eingegangen. Welche Überlegungen haben gerade diese Stadt als prädestiniert für eine solche Partnerschaft erscheinen lassen?

Antwort: Hauptüberlegung für den Abschluss dieser Partnerschaft waren die von Ex-Vizebürgermeister Ploier-Niederschick und von Herrn Schlair eingefädelt Kontakte. Es ging vor allem darum eine Stadt mit einer starken Wirtschaft zu haben. Es haben sich bereits mehrere Firmen an den Fahrten nach Krasnodar beteiligt, nicht nur die Firma Rübzig, die sich dort gute Geschäfte verspricht, sondern auch die Firma Resch & Frisch und andere. Es haben sich mehrere Firmen angemeldet das nächste Mal dabei zu sein, weil Krasnodar eine der pulsierenden starken Wirtschaftsregionen in Russland ist. Die zweite Überlegung war die leichte Erreichbarkeit. Es besteht ein Direktflug von Wien nach Krasnodar, der nur drei Stunden dauert. Die dritte Überlegung war, wir wollten eine größere Stadt als Partnerstadt haben, weil hier die finanziellen Ressourcen der Stadt ganz anders sind, als wenn wir eine kleine Stadt auswählen. Wir wollten durchaus auch eine vermögende Stadt als Partnerschaftsstadt haben, weil wir dann wechselseitig mehr voneinander lernen können. In dem Zusammenhang deswegen interessant, weil wir uns einen Brunnen anschauten in der Konzeption ähnlich wie unserer, Kosten 7 Mio. Euro. Das ist schon ein Erlebnis wenn man sieht, was in diesem Bereich alles möglich ist. Nicht, dass wir das 1:1 auf Wels übertragen können, aber man kann trotzdem über die Erfahrungen in diesem Zusammenhang sprechen, wenn nämlich eine junge Stadt versucht ein neues Stadtbild, ein neues Stadtzentrum entstehen zu lassen. Es gibt ganz viele Bereiche, wo man Zusammenarbeiten möchte. Auch im medizinischen Bereich soll es zu einem Wissensaustausch kommen. Ebenso fand bereits ein Kulturaustausch statt. Es war eine Künstlerin mit.

2. Warum wurde diese Städtepartnerschaft im Stadtsenat beschlossen und nicht der Gemeinderat damit befasst?

Antwort: Wir müssen diesen Vertrag weder im Stadtsenat noch im Gemeinderat beschließen lassen, da es sich hier um einen eigenen Vertrag handelt, für den keine Beschlussfassung im Welser Stadtstatut erforderlich ist. Auch im Stadtsenat wurde diese Partnerschaft nicht beschlossen, sondern der Vertrag wurde dem Stadtsenat zur Kenntnis gebracht. Der Stadtsenat hat ihn zustimmend zur Kenntnis genommen. Das ist auch der Grund warum wir den Gemeinderat nicht befasst haben, weil es allgemein nicht üblich ist, wenn keine Verpflichtung besteht eine entsprechende Zustimmung einzuholen. Der Gemeinderat wird nur in Ausnahmesituationen befasst. In diesem Fall mussten wir nach dem Statut der Stadt Wels weder den Gemeinderat noch den Stadtsenat befassen. Das ist im Übrigen auch der Grund, warum wir die nicht im Gemeinderat vertretenen Fraktionen nicht befasst haben, weil einfach der Gemeinderat nicht zu befassen ist.

3. Warum wurden die nicht im Stadtsenat vertretenen Parteien – Neos und GRÜNE – nicht offiziell von diesem Vorhaben informiert bzw. in die Beschlussfassung eingebunden?

Antwort: In die Beschlussfassung deswegen nicht eingebunden, weil eine Beschlussfassung nicht erforderlich war. Nicht offiziell informiert stimmt nicht. Als Stadt Wels wurde eine Presseaussendung gemacht, dass diese Partnerschaftsurkunde jetzt unterfertigt wurde, weshalb sie sehr wohl ganz normal wie alle anderen auch offiziell von diesem Vorhaben informiert wurden. Das kann man nachlesen auf der Homepage der Stadt Wels. Ich habe extra nochmals überprüft, ob es eine Presseaussendung gab. Diese gab es, sogar ein Foto war dabei, weshalb diese Fragestellung unrichtig ist.

4. Die Partnerschaft wurde bei einem Besuch einer Welser Delegation in Krasnodor besiegelt. Für welche Mitglieder der Delegation hat die Stadt Wels die Kosten getragen?

Antwort: Bei Anfragebeantwortungen sind datenschutzrechtliche Bestimmungen einzuhalten. Bei der Frage, für welche Delegationsmitglieder die Stadt Wels die Kosten übernommen hat, handelt es sich um personenbezogene Daten nach der DSGVO. Die Frage kann aus rechtlichen Gründen in dieser Form nicht beantwortet werden. Es tut mir leid Herr Mag. Teubl, ich hätte sie gerne beantwortet. Das Gesetz verbietet mir das leider, ich kann mich nicht gegen das Gesetz stellen. Die beschlossenen Gesetze sind einzuhalten, immerhin haben wir im Gemeinderat einen Eid darauf geleistet.

5. Wie hoch beliefen sich die Kosten für die Stadt Wels?

Antwort: Die uns derzeit vorliegenden Kosten für die Stadt Wels betragen 5.438 Euro für Flug, Transfer und Visum. Wir haben nichts bezahlt für die Übernachtungen in den Hotels und für die Verköstigung. Das bezahlte alles die Stadt Krasnodar - für alle Partnerstädte im Übrigen, unabhängig von der Größe der Delegation. Daran sieht man schon, dass diese Stadt durchaus über eigene erhebliche finanzielle Mittel verfügt, sonst könnte die Stadt es sich nicht leisten alle Städtepartnerschaftsdelegationen einzuladen. Ich hoffe, dass damit die Fragen beantwortet sind.

Zusatzfrage von GR. Mag. Teubl: Ganz erschöpfend beantwortet sind meine Fragen natürlich nicht. Deshalb möchte ich Folgendes anschließen:

Zur Klarstellung würde mich nochmals interessieren, wie die Beschlussfassung erfolgt. D.h. eine Städtepartnerschaft liegt im Beauvoir des Herrn Bürgermeisters?

Bgm. Dr. Rabl: So ist es.

GR. Mag. Teubl: Warum alle Parteien nicht vor Beschlussfassung eingebunden wurden, ist für mich nicht ausreichend beantwortet. Eine Pressemitteilung ist - wie der Name schon sagt - eine Mitteilung an die Presse und nicht an politische Parteien. Für mich ist es eine Frage des politischen Stils, ob man im Vorfeld einer solchen Entscheidung alle im Gemeinderat vertretenen Parteien informiert, einbindet und auf diese Art und Weise einen Konsens erzielt oder nicht.

Bgm. Dr. Rabl: Es gibt keine Verpflichtung. Es obliegt dem Bürgermeister ob eine Städtepartnerschaft abgeschlossen wird oder nicht. Was die Information betrifft, so muss

ich sie leider darauf verweisen, dass auch nicht über alle Beschlüsse, die im Stadtsenat gefasst werden, alle Parteien informiert werden sondern jeweils nur die Stadtsenatsfraktionen. Ich glaube es ist schon ein bisschen eine Holschuld der GRÜNEN. Immerhin war die Absichtserklärung, zu der der Bürgermeister von Krasnodar im Oktober/November vorigen Jahres in Wels war, auch schon in den Medien, in der die vorvertragliche Vereinbarung unterschrieben wurde. Da hätten die GRÜNEN schon einmal fragen können was wir hier vorhaben. Ich habe nicht im Fokus was die GRÜNEN gerade wissen oder was nicht. Ich gehe davon aus, dass sie die Zeitungen entsprechend durchsehen. Wenn ein Informationsbedarf besteht, bin ich gerne bereit diesen zu stillen soweit es mir rechtlich erlaubt ist. Also es wurde zweimal berichtet, einmal im November vergangenen Jahres, einmal jetzt. Insofern muss ich ihnen sagen vielleicht können sie, wenn sie Informationsbedarf haben, vorher kommen und sagen wir hätten hier zusätzlichen Informationsbedarf. Ich stehe dann natürlich für Auskünfte zur Verfügung.

Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Erhalt der letzten Baracke des Lagers 1001
Verf-015-I-32-2018

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 1 beiliegenden Dringlichkeitsantrag.

GR. Mag. Teubl: Die Dringlichkeit ist meines Erachtens deshalb gegeben, weil die Absicht der Welser Heimstätte bekannt ist in nächster Zeit diese Baracke zu schleifen und der Antrag sich dahingehend äußert, dass man diesen Beschluss verschieben soll, um einmal darüber nachzudenken eine entsprechende andere Nutzung zu finden. Insofern ist es sehr wohl sehr dringend heute dieses Thema zu behandeln.

Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, die beiden Dringlichkeitsanträge der GRÜNEN- und SPÖ-Fraktion gemeinsam zu diskutieren und zur Beschlussfassung vorzulegen, da sie ja inhaltlich beinahe ident sind.

Der Antrag zur Geschäftsordnung von GR. Mag. Teubl auf gemeinsame Diskussion der Dringlichkeitsanträge der GRÜNE- und SPÖ-Fraktion betreffend den Erhalt der Baracke des Lagers 1001 wird

einstimmig angenommen.

Dem Antrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Aufschub des Abbruchs und Vorschlag für
eine Nachnutzung der ehemaligen Lagerbaracke
Verf-015-I-33-2018

Bgm. Dr. Rabl verliest den in der Anlage 2 beiliegenden Dringlichkeitsantrag und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ich verweise darauf, dass sowohl der Antrag der GRÜNEN- als auch der SPÖ-Fraktion einen Auftrag an den Bürgermeister formuliert, der jeweils rechts-, aus meiner Sicht sogar strafrechtswidrig ist, weil damit indiziert wird, dass die Welser Heimstätte Geld verwendet für einen Zweck, der nicht Gesellschaftszweck ist und es damit zu einer Einlagenrückgewähr kommt, damit Geld veruntreut oder zumindest untreu verwendet wird. Deswegen sind beide Beschlüsse aus meiner Sicht, selbst wenn sie gefasst werden würden, nicht rechtskonform. Ich muss als Bürgermeister sie auch nicht umsetzen. Ich darf keinesfalls einen strafrechtswidrig vom Gemeinderat gefassten Beschluss zur Umsetzung bringen. Ich ersuche das ebenfalls in der Debatte mit zu bedenken. Ich habe also schwerste Bedenken, dass gesellschaftswidrig, dem Geschäftszweck widersprechend Gelder einer Gesellschaft verwendet werden. Der korrekte Weg wäre, wenn überhaupt jener, dass erstens die Stadt Wels diese Baracke ankauft, zweitens dann in der Folge darüber diskutiert wird was mit der Baracke gemacht wird. Wir können aber nicht die Welser Heimstätte verpflichten etwas zu tun, was nicht ihr Geschäftszweck ist. Das möchte ich kurz mit zu bedenken geben.

StR. Reindl-Schwaighofer: Wir ersuchen dringend darauf einzuwirken, es geht nicht darum etwas aufzuheben sondern darum ein wenig Zeit zu gewinnen, um ein Projekt zu erarbeiten. Das ist im Rahmen der Eigentümerversammlung möglich. Ich denke es wird mit der Argumentation ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen. Es liegt ein rechtskräftiger Abbruchbescheid vor. Wir wissen jedoch aus Zeitungsmeldungen des Geschäftsführers, dass derzeit kein anderer Zweck vorgesehen ist. Eine Aufschiebung dürfte kein Problem sein. Daraus gewinnen wir Zeit ein Projekt auszuarbeiten für die Erhaltung des 1001-Lagers.

Dem Antrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion zur Vereinbarung betreffend Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an die A 8 Innkreis Autobahn
Verf-015-I-34-2018

Bgm. Dr. Rabl: Dieser Antrag beschäftigt sich mit dem Autobahnauffahrtsabkommen ASFINAG Wimpassing und der Grundeinlöse. Ich erlaube mir die beiden Dringlichkeitsanträge zusammen zu fassen. Alle Dringlichkeitsanträge sind den Fraktionen zugegangen. Die Dringlichkeit ist damit begründet, dass die Marktgemeinde Gunskirchen demnächst im Gemeinderat diese Verträge beschließen möchte, auch die Familie Treul diese unterfertigen will, sodass die ASFINAG zu bauen beginnen kann.

Dem Antrag (Anlage 3) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Rahmenvertrag, Nebenvereinbarung und andere Begleitmaßnahmen für die Herstellung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A 8 Innkreis Autobahn
Verf-015-I-35-2018

Dem Antrag (Anlage 4) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

1.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
Kenntnisnahme durch den Gemeinderat
FD-Buch-14-2018/010

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Finanz- und Präsidialausschuss am 27.08.2018:

Die in den Anlagen 1 und 2 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Berichterstatter Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer

2.)

Herminenhof; Dachgeschossausbau bei der Landesmusikschule
- Erweiterung des Grundsatzbeschlusses vom 3.10.2016
KB-K-123-2016

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.09.2018:

Der Grundsatzbeschluss des Gemeinderates vom 3.10.2016 über den Einbau von fünf zusätzlichen Unterrichtszimmern für die Landesmusikschule im Herminenhof mit einem voraussichtlichen Gesamtaufwand von € 319.800,-- inklusive der für die bewegliche Einrichtung anfallenden Mehrwertsteuer, Kostengenauigkeit +/-20 %, wird um € 21.000,-- inkl. Mehrwertsteuer für die bewegliche Einrichtung erweitert.

Davon entfallen auf:

Bauerrichtungskosten: € 307.400,-- exkl. Mehrwertsteuer, Kostengenauigkeit +/-20 %.
Auftraggeber: Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG.

Bewegliche Einrichtung: € 12.400,-- inkl. Mehrwertsteuer, Kostengenauigkeit +/-20 % und Erweiterung um € 21.000,-- inkl. Mehrwertsteuer.
Auftraggeber: Stadt Wels.

GR. Ganzert: Bei dieser heutigen kurzen Tagesordnung liegen die Highlights bis auf die Dringlichkeitsanträge bei StR. Reindl-Schwaighofer betreffend wichtiger Investitionen in die Kultur und die Bildung unserer Stadt. Danke, lieber Johnny, denn es ist eine Aufwertung des Dreiklang-Herminenhofs. Wie schon von dir erwähnt verbleiben nur ein Drittel der Kosten bei der Stadt, weil zwei Drittel in diesem Fall das Land Oberösterreich bezahlt.

Es gibt Hunderte von Schülern, die tagtäglich in dieser Musikschule ein- und ausgehen und ein Musikinstrument erlernen. Neben der Landesmusikschule sind auch noch die Stadtbücherei, das Stadtarchiv und Räumlichkeiten der Volkshochschule untergebracht. StR. Hoflehner sprach vorhin in seiner Anfragebeantwortung sehr viel über den Verkehr, allerdings war die Frage öffentlicher Verkehr kein Thema. Für uns SPÖ-Fraktion ist es sehr wichtig den Schritt zur Anbindung des Herminenhofes an den öffentlichen Verkehr in naher Zukunft lösen können.

Der Antrag zu Punkt 2. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

3.)

Ankauf eines neuen Bücherbusses – Auftragsvergabe
BK-B-61-2017
SD-ZE-220-2018

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Kulturausschuss am 17.09.2018:

Der Auftrag für die Lieferung eines Bücherbusses zum Zweck der mobilen Literaturversorgung der Stadt Wels wird an die Firma Berger Karosserie- und Fahrzeugbau GmbH, Schmidtstraße 49, 60326 Frankfurt, Deutschland, mit einer Angebotssumme von € 348.000,-- exkl. Umsatzsteuer vergeben.

GR. DI. Haidinger: Man sagt immer, dass man an den eigenen Kindern erkennt, wie schnell die Zeit vergeht. Ich für meinen Teil kann das am Beispiel des Bücherbusses erkennen, denn in meiner Funktion als Mitglied des Kulturausschusses habe ich insgesamt drei Kulturreferenten miterlebt bzw. quasi „überlebt“, bei denen die Neuanschaffung eines Bücherbusses bereits ein Thema war (Vzgbm. Eisenrauch, StR. Zaunmüller, StR. Reindl-Schwaighofer). Kleiner Scherz am Rande: „Vielleicht bedarf es eines Freiheitlichen Kulturreferenten, um solche Prozesse künftig schneller abschließen zu können.“ Es freut mich deshalb ganz besonders, dass ich heute diesen Antrag mitbeschließen darf. Ich möchte noch nach den Worten von StR. Reindl-Schwaighofer einige wichtige Punkte freiheitlicher Bildungspolitik anschließen.

Der Bücherbus soll - wie schon vom Kollegen StR. Reindl-Schwaighofer ausgeführt - nicht nur dazu dienen, dass die Stadtteile mit Büchern und Medien versorgt werden, sondern er soll bei den Kindern und Jugendlichen die Lesekompetenz fördern und erhöhen, um Lesedefizite ausmerzen, um Lesefreude zu wecken und letztendlich selbständiges Lesen zu fördern. Dieser Bücherbus wird dazu sicher einen wichtigen Beitrag leisten, weil er einen gewissen Erlebnisfaktor darstellt. Die Schüler werden in den Pausen oder während des Schulunterrichtes diesen Bücherbus besuchen, in den Büchern schmökern und das eine oder andere Buch mit nach Hause nehmen.

Der alte Bücherbus erfüllte diese Funktion sehr gut, erkennbar an den Entwicklungen der Entlehnungszahlen der letzten Jahre. Es kann gut erkannt werden, dass die Gesamtzahl der Entlehnungen vom Jahr 2015 von 173.000 Entlehnungen auf 126.000 im Jahr 2017 zurückgegangen ist. Das ist ein Minus von knapp 27 Prozent. Alleine bei den Kinder- und Jugendbüchern kann ein Rückgang von rund 40 Prozent von 87.000 auf 58.000 Entlehnungen verzeichnet werden. Es ist nicht wissenschaftlich hinterlegt, dass der nicht vorhandene Bücherbus mit diesem eklatanten Rückgang einhergeht, aber der Verdacht und die Vermutung liegt schon irgendwo auf der Hand.

Gleichzeitig ist es mit dem Ausborgen von Büchern nicht getan, sondern wir brauchen eine Reihe von Begleitmaßnahmen, um die Lesekompetenz und die Freude am Lesen zu fördern. Wir sind der Meinung, dass dies bereits im Kindergarten erfolgen soll, indem Vorleseveranstaltungen abgehalten werden. Bei diesen sollte den Eltern nahegelegt werden, wie wichtig sehr frühes Vorlesen ist, um sie langsam und behutsam an das Thema Lesen heranzuführen.

Wer liest, weiß mehr. Lesen bildet und lässt den Horizont größer werden. Wir können daher nicht früh genug damit beginnen Kinder behutsam an das Lesen heranzuführen.

GR. Wiesinger: Ich bedanke mich bei meinem Vorredner für die Übernahme des inhaltlichen Paketes, denn dadurch bleibt mir der Dank über. Als ich mich das letzte Mal im Gemeinderat zum Bücherbus zu Wort meldete, sagte ein Bürger anschließend zu mir, es reicht und genügt schon. Deshalb werde ich mich kurz halten und beim Dank bleiben.

Ich möchte etwas weiter zurückgehen, an den Bürgermeister anschließen und mich beim Bürgermeister a.D. Karl Bregartner bedanken. Er war es, der den ersten Bücherbus in Wels anschaffte und nur durch ihn haben wir die Fortführung der Diskussion über die Anschaffung eines neuen Bücherbusses - dieser Dank gilt ganz allein ihm. Den Dank möchte ich anschließen an Frau Vizebürgermeisterin a.D. Anna Eisenrauch, Stadtrat a.D. GR. Walter Zaunmüller und an den jetzigen Stadtrat Johann Reindl-Schwaighofer.

An den Kulturreferenten lag es nicht, dass wir den Bücherbus nicht schneller bekommen haben. Es waren andere Faktoren - die kennt jeder. Einen wesentlichen Dank gebührt dem Zentralen Einkauf, denn es wurde billiger und sehr rasch abgewickelt. Ein spezieller Dank der Dienststelle Stadtbücherei, denn diese musste all das von der Politik sechs Jahre Diskutierte ausbaden. Die Mitarbeiter hatten vor Ort die Diskussionen darüber, warum der Bücherbus noch immer nicht fährt - wir diskutieren seit 2012!

Die Zahlen sprechen für sich: 30 Jahre ist der Bus gefahren, 2 Mio. Entlehnungen. Ich glaube, mehr braucht dazu nicht mehr gesagt werden. Ich persönlich habe in den letzten sechs Jahren gelernt, wenn man von etwas überzeugt ist, dann ist es gut dafür zu kämpfen, denn am Schluss schaut oft ein gutes Ergebnis heraus. Mich freut es nun wieder viel Kraft und Energie für neue Projekte zu haben.

GR. Hufnagl: Ich bin noch nicht so lange im Gemeinderat, habe jetzt aber auch ein Déjà-vu-Erlebnis al la „Täglich grüßt das Murmeltier“. Laut Unterlagen fassten wir am 19.12.2016 den Grundsatzbeschluss. Damals beantragte die GRÜNE-Fraktion einen Termin für Jänner 2017. Dieser Antrag wurde abgelehnt und es wurde für die Fachabteilung ein Termin für April 2017 festgelegt. Das heißt, bis dorthin hätten die Varianten auf dem Tisch liegen sollen und beschlossen werden können. Jetzt haben wir Oktober 2018. Mich wundert - zwischen Grundsatzbeschluss und Ankauf vergingen wieder fast zwei Jahre. Die Mühlen mahlen zum Teil wirklich sehr, sehr langsam.

Wir sind natürlich sehr froh diesen Bücherbus endlich zu bekommen, damit die Stadtteile endlich wieder mit Büchern versorgt werden und werden natürlich diesem Antrag zustimmen.

GR. Mag. Teubl: Eine unendliche Geschichte findet ihr Ende mit dem heutigen Beschluss, auch wenn deshalb noch nicht morgen ein Bücherbus vor der Tür stehen wird. Wir wissen, die Lieferzeit wird noch ca. ein Jahr betragen. D. h. es wird noch ein siebtes Jahr ins Land gehen, in dem die Versorgung mit dem Bücherbus in der Stadt Wels nicht erfolgt. Nichtsdestotrotz ist es ein Tag der Freude, dass jetzt endlich dieser Beschluss gefasst wird.

Ich habe mich etwas über die Wortmeldung vom Kollegen DI Haydinger gewundert - ein freiheitlicher Kulturreferent hätte vielleicht das rascher erledigen können. Dass wir den Bücherbus jetzt endlich haben, ist sicherlich nicht wegen der freiheitlichen Kulturpolitik sondern trotz der freiheitlichen Kulturpolitik passiert. Ich freue mich über das Umdenken und dass auch die FPÖ-Fraktion diese Angelegenheit unterstützt sowie über die Einigkeit des enormen Wertes dieses Bücherbusses für unsere Schuljugend. Ebenso über die Erfüllung eines Bildungsauftrages, der auf andere Weise nicht erfüllt werden kann. Also wünschen wir dem Bücherbus ein gutes Zusammenbauen und ein gutes nach Wels gebracht werden, damit er schließlich hoffentlich irgendwann im Jahr 2019 in Betrieb genommen werden kann. Dann werden wir eine Flasche Sekt darauf trinken.

GR. Scheinecker, BA: Auch ich möchte die Gelegenheit nutzen und ein paar Worte zum Bücherbus sagen. Ich bin jetzt seit drei Jahren im Gemeinderat und seither verfolgt mich dieses politische sehr spannende Thema. Trotz allem wurde hier eine gemeinsame Lösung gefunden - das ist eine Seltenheit. Ich habe als Mitglied des Kulturausschusses

den Ausflug nach Graz noch sehr gut in Erinnerung. Ich lernte ein sehr ambitioniertes und sehr beeindruckendes Bibliothekswesen kennen.

Meine Tochter wird in zwei Jahren die Schule besuchen und ich freue mich dann mit ihr den Bücherbus zu erkunden. Es ist nicht nur der Dank an die zuständigen Abteilungen auszusprechen, sondern für mich persönlich als Mutter von zwei Kindern erfüllen sich jetzt die zwei großartigsten Dinge für meine Tochter: Busfahren und Bücher ausborgen! Dafür danke ich allen Mitarbeitern in den entsprechenden Abteilungen und auch den Welsern, die dieses Thema in den letzten Jahren vor sich hergetragen haben.

GR. Ralph Schäfer, BSc: Es wurden hier viele Dankesworte kundgetan. Mein letzter abschließender Dank gilt neben den Mitarbeitern des Magistrates, die dies letztendlich umsetzen werden, auch dem freiheitlichen Bürgermeister der Stadt Wels.

StR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die Diskussion! Sie hat deutlich gemacht, dass wir uns bei Annäherung am Ende der Diskussion relativ klar waren, dass der Bücherbus Realität werden wird. Wir gründeten aus dem Kulturausschuss einen gemeinsamen Arbeitskreis, schauten uns Bücherbussysteme in Graz und München an, prüften gemeinsam diverse Varianten und erst als klar war, dass verschiedene Varianten nicht umsetzbar waren, war es möglich diese Mehrheit zusammenzubringen.

Was lange währt, wird endlich gut. Es war ein steter Überzeugungsprozess und deshalb möchte ich Herrn GR. DI Haydinger danken, denn er hatte in seiner Fraktion viele Diskussionen und es nicht immer leicht mit seiner Position. Auch im Kulturausschuss gab es dazu differenzierte Ansichten seiner Fraktion. Deshalb war GR. DI Haydinger ein wesentlicher Beitrag auch den Herrn Bürgermeister als Finanzreferenten irgendwann davon zu überzeugen.

Das ist Politik. Es ist uns miteinander gelungen und deshalb werden wir heute einen Beschluss fassen und gemeinsam im Jahr 2019/2020 den Bus in Betrieb nehmen.

Der Antrag zu Punkt 3. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl dankt für die Berichterstattung.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die
Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 5/2015
(44. Änderung)
BZ-BauR-5012-2017

Der Antrag (Anlage 8) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 24.09.2018 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (44. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 5/2015) beschließen.

GR. Hufnagl: Mein Wohnsitz ist nicht so weit weg von diesem Vorhaben und ich finde es toll, dass dort etwas gebaut wird. Es ist ein Lückenschluss und daher sinnvoll in diesem Bereich qualitätsvolles Wohnen zu ermöglichen. Jedoch ersuche ich darum sich die dortige Verkehrssituation mit den angrenzenden Straßen noch einmal anzusehen. Die Preglstraße ist sehr schmal. Die Bewohner befürchten einen etwaigen Durchzugsverkehr.

StR. Reindl-Schwaighofer: Für mich ist es ein wesentlicher Punkt, warum wir als SPÖ-Fraktion – wie viele andere auch - dafür sind in Wels-West diese Schule zu bauen. Wir errichten solche große Projekte und schicken die Kinder dann in andere Schulsprengel. Die Stellungnahme der Stadtentwicklung betreffend Bevölkerungsentwicklung in diesem Stadtteil ergab, dass genau dieser Stadtteil die größte Bevölkerungsentwicklung hat und dieser braucht für ein soziales Gefüge eine eigene Volksschule. Ich selbst wohne in der Nähe und finde, dass dieses tolle Projekt Lebensqualität bringen wird. Wenn die Verkehrsprobleme gelöst sind, werden die dortigen Anrainer weniger Ängste haben. Wir werden über das noch öfter diskutieren, weil noch viele solche Projekte in der Pipeline sind.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Bgm. Dr. Rabl: Ich muss dazu eine Kleinigkeit richtigstellen, denn die Kinderzahlen in der Noitzmühle, in Lichtenegg und der angrenzenden Vogelweide sind rückläufig. Deshalb können wir derzeit sechs Klassen weniger besetzen als vor sieben oder acht Jahren. Das heißt, wir haben sechs leere Klassen, die früher schon einmal besetzt waren. Das ist auch der Grund, weshalb ich froh über solche Projekte bin, damit die Schülerzahlen endlich wieder steigen, damit wir die vorhandenen Volksschulen auslasten. In der Nachmittagsbetreuung sind in Lichtenegg nur 30 % der Nachmittagsplätze wirklich vergeben. Auch das ist aus meiner Sicht eine Fehlplanung, die in Zukunft unbedingt vermieden werden muss. Deshalb wird die längerfristige Bedarfserhebung einer der wesentlichen Punkte sein, um zielgerichtet genau die erforderlichen Kapazitäten und das erforderliche Personal zu erhalten.

Daher begrüße ich dieses Projekt aufs Äußerste, damit endlich die Schülerzahlen steigen und damit die Volksschulen wieder ausgelastet werden.

StR. Lehner: Ich möchte mich nicht an der Diskussion beteiligen, ob die Schülerzahlen erforderlich oder nicht erforderlich sind, die wir aus diesen zukünftigen Bebauungen bekommen. Aus Sicht der Stadtentwicklung gibt es in diesem Umfeld schon eine geeignete Fläche mit entsprechender Widmung für einen Schulbau. Es werden die Zahlen darüber entscheiden, ob dieser sinnvoll ist oder nicht.

Wichtig ist, dass im Zusammenhang mit diesem Projekt eine Fläche an die Stadt Wels abgetreten wird, um die Qualität beim Jugendbüro im Freizeitbereich zu erhöhen. Es werden hier entsprechende Grünflächen geschaffen, um die Wohnqualität in diesem Stadtteil zu erhöhen. Das Verkehrsthema wird beim Bebauungsplan noch einmal dezidiert angesprochen und im Ausschuss diskutiert werden. Wie die Verkehrsführung dann im Detail aussehen wird, ist jetzt noch nicht Teil des Flächenwidmungsplanes.

Der Antrag zu Punkt 4. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Kroiß dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

5.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr 103/1.39 (Stadtteil Innenstadt)
BZ-BauR-6003-2017

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts-, Stadtentwicklungs- und Bauausschuss am 24.09.2018 der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.39 (Stadtteil Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl: Danke für die Berichterstattung. Da die beiden Dringlichkeitsanträge betreffend Erhalt der Baracke gemeinsam behandelt werden, lautet mein Vorschlag, dass zuerst GR. Mag. Teubl dann StR. Reindl-Schwaighofer Bericht erstatten und anschließend die Debatte dazu geführt wird.

Dringlichkeitsantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Erhalt der letzten Baracke des Lagers 1001
Verf-015-I-32-2018
und

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Aufschiebung des Abbruchs und Vorschlag für
eine Nachnutzung der ehemaligen Lagerbaracke
Verf-015-I-33-2018

GR. Mag. Teubl: Viele geschichtsträchtige Ort Lichteneggs sind in den letzten Jahren der Abrissbirne zum Opfer gefallen. Ich denke hier an das Gemeindeamt Lichtenegg oder an den Kindergarten in der Schulstraße. Aber der wahrscheinlich symbolträchtigste Ort des Stadtteils - die letzte erhaltene Baracke des Lagers 1001, ein unscheinbares Holzgebäude - steht noch.

Vor kurzem hat die Welser Heimstätte für diese Baracke einen Abrissbescheid erwirkt. Sie will diesen Holzbau, der früher das Gasthaus Zur Scheune beherbergte und bis vor einem Jahr bewohnt war, demnächst schleifen lassen. Damit würde aber erneut ein historisch wertvolles Gebäude von der Bildfläche verschwinden. Sogar das Bundesdenkmalamt prüft die Schutzwürdigkeit dieses Objektes. Wir GRÜNEN sind aber der Meinung, dass unabhängig davon, auch wenn diese Baracke nicht unter Schutz gestellt wird, sie jedenfalls erhaltenswürdig ist.

Unserer Meinung nach wäre sie ein perfekter Standort für ein Museum zur bewegten Geschichte des Stadtteils Lichtenegg und seiner Bewohner. Für mich persönlich verbinden sich mit diesem Holzgebäude ganz lebendige Kindheitserinnerungen. Ich weiß noch sehr gut, wie ich mit meinen Eltern im Jahr 1964 im verrauchten Gastraum gespannt die Skirennen der Winterspiele in Innsbruck verfolgt habe. Im bereits abgerissenen hinteren Teil der Baracke befand sich schließlich das Kaufgeschäft Quintus und Horvath, in dem meine Mutter als Verkäuferin arbeitete.

Abgesehen davon zeugt dieser Bau von der bewegten Geschichte des Lagers 1001. Dieses ist am Vorabend des Zweiten Weltkriegs als Behelfsunterkunft für Soldaten entstanden. Dann diente es nach der Befreiung vom Faschismus ehemaligen Insassen des Konzentrationslagers Gunskirchen als erste Anlaufstelle und auch weitere jüdische Überlebende aus allen Herren Länder fanden hier Aufnahme. Schließlich kamen die Volksdeutschen, die vor der Roten Armee oder der Machtergreifung der Kommunisten in ihren Herkunftsländern auf der Flucht waren – so wie auch meine Eltern.

1956 öffnete das Lager schließlich seine Tore für die Ungarnflüchtlinge, die sich später auch größtenteils in diesem Stadtteil eine neue Bleibe suchten. Das Lager 1001 bestand aus 22 Baracken, in denen jeweils bis zu 100 Menschen lebten und der Lagerkirche. Diese wurde von dem aus Ungarn stammenden Pfarrer Stephan Macsady betreut und in der auch ich als Ministrant tätig war. Fast 20 Jahre prägte dieses Lager diesen Stadtteil und auf eine gewisse Art und Weise möchte ich behaupten, dass es sie immer noch prägt. Die Kirche St. Stephan, deren Zeltform auch an das Flüchtlingsschicksal erinnert, der Kindergarten der Caritas, der Fußballverein Eintracht (heute FC Wels), die Stefansiedlung und verschiedene hier gegründete Firmen wurden von Flüchtlingen geschaffen.

Mit dem Lager 1001 begann die moderne Geschichte von Lichtenegg und es gibt unserer Meinung nach keinen geeigneteren Ort als diese letzte Baracke des Lagers, um diese Geschichte zu reflektieren. Die Auswirkungen der Geopolitik auf das Schicksal von

Menschen könnte man hier an Hand von Veränderungen in der unmittelbaren Nachbarschaft auch für Kinder und Jugendliche begreifbar machen. Das Interesse an dieser Geschichte hat in den letzten Jahren durchaus zugenommen. Auch aus anderen Ländern gibt es immer wieder Interessenten, die im Stadtarchiv vorstellig werden, die auf der Flucht hier einige Zeit verbracht haben, vielleicht hier in diesem Lager geboren wurden und die sich jetzt auf Spurensuche begeben.

2010 entstand eine zeitgeschichtliche Dokumentation über das Leben im Flüchtlingslager 1001 in Buchform mit dem Titel „Wir Kinder vom Lager 1001“ von Vera Tichy-Nimmervoll. Dieses enthält authentische Schilderungen und Bilder, die den Siedlungsalltag in Erinnerung rufen. 2014 fand die überaus erfolgreiche Ausstellung „Wir von überall“ ein interessiertes Publikum. Und auch das Stadtarchiv und diverse Sammlungen von Privaten und Vereinen bergen sehr interessante Objekte. Material gäbe es genug, um so ein Museum zu einem interessanten Ort zu machen. Das könnte wirklich etwas werden und es wäre etwa in Kooperation mit den umliegenden Schulen ein einmaliger Ort für eine lokale Geschichtsvermittlung.

In den letzten Tagen hat es aus mehreren im Welser Gemeinderat vertretenen Parteien Stimmen gegeben, die sich dafür ausgesprochen haben diese letzte Baracke des Lagers zu erhalten und als Museum zu nutzen. Das finde ich sehr erfreulich! Nun ginge es unseres Erachtens zunächst darum auf die Heimstätte dahingehend einzuwirken, dass sie als Grundbesitzer einmal Abstand nimmt vom möglichen und genehmigten Abriss, dass es eine Phase des Nachdenkens geben kann. In dieser sollte überlegt werden, ob eine Nachnutzung sinnvoll und möglich ist. In weiterer Folge wäre es an der Kulturabteilung der Stadt Wels gemeinsam mit Menschen, die über brauchbares Material zu diesem Thema verfügen, ein Konzept für eine solche museale Nachnutzung des Gebäudes zu erarbeiten. Liegt ein solches Konzept vor, dann erst sollte der Gemeinderat die Realisierung beraten.

Unser Vorschlag geht davon aus hier einen Stopp des geplanten Abrisses zu erwirken und eine Möglichkeit zu eröffnen sich die Dinge noch einmal durch den Kopf gehen zu lassen. Ich hoffe, diese Vorgangsweise findet ihrer aller Zustimmung und ersuche sie um Unterstützung für diesen Antrag.

StR. Reindl-Schwaighofer: Zu diesem umfassenden Bericht von GR. Mag. Teubl möchte ich nur noch eines ergänzen. Für uns geht es darum Zeit zu gewinnen. Es geht nicht darum jemanden aufzufordern Gesetze zu brechen und fremdes Geld auszugeben. Es geht darum einen gemeinsamen Weg zu finden und zu überlegen, was wir mit dieser wichtige Baracke bzw. mit diesem wichtigen Erinnerungsstück tun. Dafür sollten wir uns die Zeit geben.

Die letzte erhaltene Baracke des Lagers 1001 steht nicht unter Denkmalschutz, der Abriss ist genehmigt. Es geht um eine kurze Verzögerung, damit wir ein Konzept erarbeiten können. Wir schrieben im Antrag, dass der Magistrat, der Kulturausschuss beauftragt werden soll. Wir können uns überlegen wie eine Nachnutzung aussehen könnte.

Wer von ihnen weiß, dass 1964 die Stadt Wels der erste Partner der Heimatvertriebenenverbände war? Es gibt darüber eine Urkunde. In Oberösterreich sind 120.000 Heimatvertriebene sesshaft geworden. Viele davon sind auch in Wels heimisch

geworden. Viele davon hielten sich für kurze Zeit in den Baracken in Wels auf und sind dann in andere Orte in Österreich oder ins Ausland gezogen. Im Museum der Heimatvertriebenen der Stadt Wels in der Burg wird der Kultur der Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben worden sind, gedacht. Es sind dies die Donauschwaben, die Karpatendeutschen, die Sudetendeutschen und die Buchenlanddeutschen. Diese Menschen wurden aus Siedlungsgebieten vertrieben, aus denen sie sich vor Hunderten von Jahren ansiedelten. Es waren immer schreckliche, schlimme Gründe bis hin zu Verlust des Lebens, des Eigentums, von Lebensgewohnheiten und damit verbundener kultureller Einbindung.

Wir wissen, dass durch diese Lager in Wels auch befreite Menschen aus dem KZ-Nebenlager Mauthausen-Gunskirchen gekommen sind und dort kurzzeitig wohnten. Wir haben am Friedhof eine Gedenkstätte, wo es genau darum geht an die Menschen zu denken, die an den Folgen des Krieges gestorben sind und dort begraben wurden. Das Ganze hat für den Erinnerungswert in unserer Stadt einen wirklichen Wert. Es freut mich, dass auch StR. Lehner in der ersten Reaktion sagte eine Nachdenkpause dafür zu benötigen. Genau um das geht es! Die erste Reaktion ist in diesem Zusammenhang die richtige und nicht wenn ich darüber beginne zu diskutieren, ob die Hütte alt ist, bald zusammenbricht, viel Geld kostet und für was sie überhaupt benötigt wird. Das dachten sich auch die Leute bei Abriss des Semmelturms. Der Semmelturn ist heute ein Mahnmal dafür, dass mit der heutigen geschichtlichen Vergangenheit so umgegangen wird, wie umgegangen worden ist. Es freut mich, dass LAbg. Dr. Csar das auch so sieht.

Hier brauchen wir Einhalt, eine gemeinsame Sprache, damit wir unsere Stadt nicht geschichtslos den nachfolgenden Generationen übergeben. Diese Baracke ist eine von hundert, die es in allen Stadtteilen der Stadt gab. Es geht darum ein Stück unserer gemeinsamen Vergangenheit oder der unserer Vorfahren zumindest in Erinnerung zu erhalten. In unserem Antrag wollen wir eine Gedenkstätte mit zeitgemäßer Nutzung errichten. Eine Gedenkstätte, wo wir den Menschen und den Ereignissen gedenken. Gleichzeitig sagen wir, wir führen die renovierte Halle auch einer zeitgemäßen Nutzung zu. Z.B. ein Vereinszentrum, eine Tagesheimstätte um deutlich zu machen, dass das Lager Teil unseres Lebens war. Dort haben Menschen gelebt - bis vor eineinhalb Jahren lebte dort noch jemand. Außerdem gab es ein Lebensmittelgeschäft und ein Lokal. Diese Erinnerungen gilt es zu erhalten.

Ich ersuche sie das gemeinsam auf den Weg zu bringen und gemeinsam eine Entscheidung darüber zu treffen, wie wir damit weiter umgehen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

StR. Lehner: Ich möchte ähnlich wie GR. Markus Wiesinger mit Dank beginnen. Ganz eindringlich bedanke ich mich bei der Welser Heimstätte, dass sie den Abbruchbescheid noch nicht vollzogen hat und das Gebäude noch steht. Dadurch gaben sie uns die Möglichkeit heute noch über die Baracke diskutieren zu können. Ich bedanke mich auch beim Bundesdenkmalamt, welches meinem Wunsch nachgekommen ist, sich dieses Objekt noch einmal anzusehen und darüber zu befinden, ob das als Denkmal gesehen ein erhaltenswürdiges Gebäude ist oder nicht.

Ich bin überzeugt, dass die Betrachtung eines Gebäudes rein auf baulicher Basis - schützenswert oder nicht - zu kurz greift. Wir sollten uns wirklich Zeit nehmen und uns

überlegen, ob es eine Nutzung des Gebäudes gibt, die dazu führt ein mahndendes und gedenkendes Gebäude zu erhalten. Andererseits aber eine Nutzung zu finden, die es einem Gebäude erlebbar und nutzbar macht. Ein Gebäude lebt immer nur dann langfristig, wenn es auch von Menschen genutzt und bespielt wird. Es ist notwendig, diesen Nutzen nicht als reines Museum herauszuarbeiten, welches sehr wenige Besucher hat. Es kann natürlich ein Museum, aber auch einen Mischnutzung sein.

Es sollte jetzt darüber nachgedacht werden was mit diesem Gebäude passieren kann und ob es in irgendwelcher Form nutzbar ist. Diese Nachdenkpause sollen wir uns jedenfalls gönnen und daher bin ich über diese Anträge froh. Ich bin überzeugt, wir werden diese Nachdenkphase kreativ nutzen und lade alle dazu ein Möglichkeiten dafür zu finden, was alles in diesem Gebäude stattfinden kann. Dazu braucht es wahrscheinlich ehrenamtliches Engagement hier wirklich eine ideale Nutzung zu finden.

GR. Wiesinger: Um dieser Nachdenkpause auch gerecht zu werden, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, dass beide Anträge dem zuständigen Ausschuss zugewiesen werden.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages der GRÜNEN-Fraktion (Anlage 1) in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wiesinger auf Zuweisung des Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Fraktion (Anlage 2) in den zuständigen Ausschuss wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Rabl übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Kroiß.

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion zur Vereinbarung betreffend Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an die A 8 Innkreis Autobahn
Verf-015-I-34-2018

und

Dringlichkeitsantrag der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Rahmenvertrag, Nebenvereinbarung und andere Begleitmaßnahmen für die Herstellung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A 8 Innkreis Autobahn
Verf-015-I-35-2018

Bgm. Dr. Rabl: Sie erlauben mir, dass ich die Berichterstattung für die nächsten zwei Dringlichkeitsanträge ebenfalls zusammenziehe, da sie unmittelbar miteinander in Verbindung stehen und ein Dringlichkeitsantrag ohne dem anderen keinen Sinn ergibt.

Es geht um die Autobahnauffahrt Wimpassing. Was war aus Sicht der Stadt Wels dafür erforderlich? Auf der einen Seite mussten wir alle Grundstücke kaufen, die für diesen Autobahnanschluss notwendig sind, d.h. es gibt zahlreiche erforderliche Grundeinlösungen von großen und kleinen Grundbesitzern gleichermaßen. Zweitens mussten wir ein Abkommen mit der Asfinag abschließen, sodass die Asfinag diese Autobahnanschlussstelle errichtet und wir einen Anteil davon bezahlen. Darüber hinaus mussten wir eine Vereinbarung mit der Marktgemeinde Gunskirchen abschließen, die wiederum einen Teil der Kosten, die Wels bezahlt, ebenfalls übernimmt. Weiters musste geklärt werden, wieviel zukünftig jeder, der dort einen Grund umwidmet, pro m² an Infrastrukturkostenbeitrag zu bezahlen hat.

Es gab jahrzehntelange Verhandlungen, die noch geführt wurden von Baudirektor DI Karl Pany, die sich bis jetzt hinstreckten. In den letzten zwei Monaten ist durchaus Bewegung in die Verhandlungen gekommen, was schafften wir? Inzwischen wurden die benötigten Grundstücke von DI. Dr. Alfred Schwab, Karl Schierlinger-Brandmair und Michael Aichinger und auch das Grundstück der Welser Kieswerke Treul & Co GmbH gekauft.

Zwischenruf von GR. Mag. Teubl: Datenschutz!

Bgm. Dr. Rabl: Die Namen sind im Antrag enthalten und unterliegen deshalb nicht dem Datenschutz, wir müssen das behandeln. Diese Namen sind auch im Grundbuch einsehbar. Das Grundbuch ist ein öffentliches Buch, es kann von jedem eingesehen werden, es kann sogar der Kaufpreis erfragt werden. Der Datenschutz trifft daher nicht zu.

Diese Grundverträge wurden fertig ausverhandelt, sie liegen zur Unterschrift bereit. Geplant ist, dass heute durch den Welser Gemeinderat eine Beschlussfassung erfolgt. Nächsten Monat erfolgt eine Beschlussfassung durch den Gunskirchner Gemeinderat. Wenn diese Beschlüsse gefasst sind wird es zur Unterfertigung der Rahmenvereinbarung verbunden mit einer Nebenvereinbarung zwischen der Stadt Wels und der Kieswerke Treul kommen.

Gleichzeitig liegt uns der Vertrag der Asfinag mit der Stadt Wels bereits vor. Es gab dazu umfangreiche Prüfungen, ob die von der Asfinag angenommenen Kosten richtig bzw. angemessen sind. Es gab noch Veränderungen, steuerliche Probleme wurden von der Finanzabteilung abgeklärt, sodass die jetzt vorliegende Vereinbarung ebenfalls unterschriftsreif ist. Sollte heute dieser Beschluss gefasst werden, gelangt diese ebenfalls zur Unterfertigung.

Wie geht man weiter vor? Das Bauvorhaben soll ausgeschrieben werden, nach der Ausschreibung kommt es zur Vergabe und im Frühjahr/Sommer 2019 sollten tatsächlich die Bagger rollen, damit diese Autobahnauffahrt errichtet werden kann. Eine Fertigstellung wird frühestens 2019, wahrscheinlich 2020, erfolgen.

GR. Hufnagl: Leider kann ich diesen Anträgen nicht zustimmen, aus dem Grund, dass ich diese Unterlagen erst heute Vormittag bekam. Diese komplexen Anträge habe ich mir ausgedruckt (es entstand einiges an Papier) und ich finde, dass diese Vorgangsweise sehr überhastet ist. Wenn ich so umfangreiche Anträge vormittags erhalte, kann ich nachmittags nicht darüber entscheiden. Darum werde ich diesen Anträgen nicht zustimmen.

StR. Lehner: Das Thema Anschlussstelle Wimpassing begleitet mich seit einigen Jahren. Ich bin sehr froh, dass wir mit dieser Anschlussstelle ganz wichtige Flächen für die Stadt Wels mit Widmung Betriebsbaugelände erschließen, auch 28 ha Grund voraussichtlich in Gunskirchen erschließen und damit viele Verkehrsprobleme lösen. Speziell denke ich an die Oberfeldstraße, wo es derzeit massive Verkehrsprobleme gibt. Wenn es zu einer neuen Anschlussstelle kommt, kommt es automatisch zu einer Aufteilung des Verkehrs und damit auch zu einer Verbesserung in der Oberfeldstraße.

Lieber Markus Hufnagl, ich verstehe deine soeben geäußerte Kritik nicht. Letzte Woche gab es einen Termin, zu dem alle Parteien eingeladen und konkret besprochen wurde, ob es zu diesem heutigen Antrag kommt, der dazu dient ein Monat Zeit einzusparen und damit unser geplantes Baustellenende mit Ende nächsten Jahres sicher zu erreichen. Alle anwesenden Parteien haben sich zu dieser Vorgangsweise bekannt. Es wurden alle vorhandenen Unterlagen zu diesem Thema aufgelegt.

Die NEOS und auch die GRÜNEN waren bei diesem Termin aus welchen Gründen auch immer nicht anwesend. Aber dann bitte ich entsprechend die Holschuld in Anspruch zu nehmen und die Unterlagen einzusehen. Ich bin überzeugt, dass seitens der Baudirektion, des Präsidiums, des Bürgermeisters sämtliche Unterlagen auch abseits dieses Termins zur Verfügung gestellt worden wären, denn das Projekt ist für die Stadt wichtig, ist für die Betriebe und für die Arbeitsplätze wichtig. Daher bin ich froh diese sehr unpragmatische Lösung gefunden zu haben alle Parteien zu informieren, einen Antrag der bei diesem Termin anwesenden Parteien zustande zu bringen und damit zum Ausdruck zu bringen, dass uns das Thema Anschlussstelle Wimpassing wichtig ist, da viele Arbeitsplätze davon abhängen und auch die Kostensituation dadurch beeinflusst wird. Denn je früher wir für ein Projekt im nächsten Jahr ausschreiben, desto günstiger ist es. Je enger das Korsett wird, umso teurer wird es. Das zeigt uns gerade jetzt die Ausschreibung für das neue Amtsgebäude in der Rainerstraße. Hier sind wir auch mit den Ausschreibungen recht bald dran, das hilft uns wirklich sparen.

Danke für die Möglichkeit diese Angelegenheit heute als Dringlichkeitsantrag einzubringen und damit für die Sicherheit, dass wir wirklich nächstes Jahr mit diesem Projekt fertig werden.

GR. Hufnagl: Hochinteressant, dass es dafür letzte Woche einen Termin gab. Ich habe auf jeden Fall keine Einladung erhalten.

Zwischenruf GR. Wiesinger: Soll ich dir die E-Mail zeigen?

GR. Hufnagl: Bitte ja. Danke. Vielleicht ist beim E-Mail etwas schiefgegangen. Ich habe die Einladung nicht erhalten.

Bgm. Dr. Rabl: Zuerst möchte ich das Schlusswort verwenden, um der Beamenschaft Danke zu sagen. Es war eine unglaubliche Kraftanstrengung für alle Beteiligten mit einer nervlichen Höchstanspannung dieses Projekt überhaupt umzusetzen. Ich weiß, dass Frau Dr. Peternell Freitagnachmittag noch die Verträge paraphieren ließ, sie fuhr nach Gunskirchen zur Firma Treul. Mag. Stockinger hat Unglaubliches geleistet, er arbeitete bis spät in die Nacht damit die Beilagen alle zur Verfügung stehen bzw. alle Berechnungen gemacht wurden. Ohne volles Engagement der Beamenschaft wäre es nicht möglich gewesen dieses Projekt zeitgerecht einzubringen. Wir müssen überlegen,

dass nur einige wenige Stunden vor Ablauf der Frist dieser Antrag tatsächlich fertig war. Deswegen ersuche ich den Herrn Magistratsdirektor diesen ausdrücklichen Dank nochmals den leitenden Mitarbeitern und Kollegen entsprechend zum Ausdruck zu bringen.

Herr Hufnagl, noch eine Anmerkung: Es gab eine zweite E-Mail bereits vor zwei Wochen, die enthielt, dass man alle vorhandenen Verträge bei Frau Dr. Peternell jederzeit einsehen kann. Ich darf darauf verweisen, dass sie von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch genommen haben. Die Verträge samt Beilagen lagen auf. Hätten sie ein Informationsbedürfnis gehabt – immerhin wussten sie davon, es war auch aus den Medien zu entnehmen, dass dieser Beschluss demnächst gefasst wird –, wäre ich ihnen auch jederzeit zur Verfügung gestanden. Andere Gemeinderäte kommen immer wieder zu mir und erhalten einen kurzfristigen Termin sehr rasch. Also am Informationsfluss kann es nicht liegen. Wenn, dann kann es nur daran liegen, dass diese von Peter Lehner angesprochene Holschuld nicht eingelöst wurde.

Generell muss ich sagen, es ist nicht immer angenehm Verträge unter so großem Druck tatsächlich auszuverhandeln und alles dabei richtig zu machen. Aber es hilft dann schon wenn man weiß, dass der Gemeinderat wirklich wichtige Beschlüsse für die Stadt Wels auf einer großen breiten Basis beschließen wird. Es gibt einem ein gutes Gefühl, dass jeder das Wohl der Stadt Wels im Auge hat.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion zur Vereinbarung betreffend Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an die A 8 Innkreis Autobahn (Verf-015-I-34-2018) wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)
angenommen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) der FPÖ-, SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Rahmenvertrag, Nebenvereinbarung und andere Begleitmaßnahmen für die Herstellung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A 8 Innkreis Autobahn (Verf-015-I-35-2018) wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (FPÖ-, SPÖ- + ÖVP-Fraktion)
3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion, NEOS)
angenommen.

Vzbgm. Kroiß übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Rabl.

Bgm. Dr. Rabl: Sehr geehrte Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Wir haben heute einige epochale Beschlüsse gefasst, die eine jahrzehntelange Vorbereitung hinter sich haben. Danke für die Mitarbeit und das konstruktive Klima. Sitzung geschlossen.

H I N W E I S für Internet-Nutzer:

Diese Verhandlungsschrift wird in der Sitzung des Gemeinderates am 17.12.2018 zur offiziellen Genehmigung aufgelegt. Bis dahin besteht seitens der Mitglieder des Gemeinderates die Möglichkeit, Einsprüche gegen deren Inhalt zu erheben. Daraus resultierend könnten sich ev. Änderungen geringfügiger Art ergeben.